

**Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei  
und des SD - Oslo**

90

Oslo, den 1. März 1945

Tgb. Nr. 162/45 g

79

**Geheim!**

108155

1941/566

SITUATIONSBERICHT

**Meldungen aus Norwegen**

Nr. 90

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt  
und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüber-  
prüft** übersandt wird.

1941/567

Allgemeine Stimmung und Lage.

Die Auffassungen des norwegischen Volkes über die militärische Entwicklung haben wesentliche Veränderungen während der Berichtszeit nicht erfahren. Nach wie vor ist der überwiegende Teil der Bevölkerung davon überzeugt, daß sich Deutschland gegenüber dem gleichzeitigen Druck der Offensiven im Westen, im Osten und in der Luft nicht mehr lange halten können, und glaubt, diese Auffassung durch die offizielle Nachrichtengebung insofern bestätigt zu sehen, als diese den Ernst der Lage in keiner Weise mehr zu beschönigen versuche. Die Tatsache, daß die Presse vom Einsatz von Alarmeinheiten und insbesondere von der rücksichtslosen Heranziehung der Hitler-Jugend spreche, müsse als sicheres Zeichen dafür gewertet werden, daß das deutsche Volk hoffnungslos ausgeblutet sei. Wenn es heiße, daß die Kürzung der Lebensmittelrationen im Reich nur vorübergehender Art sei, so sei dies nur ein Wechsel auf die Zukunft, mit dem versucht werde, das deutsche Volk weiter bei der Stange zu halten.

Weite Verbreitung haben Gerüchte gefunden, wonach sich Deutschland bereits in chaotischer Auflösung befinde. In Berlin sei es sogar schon zu Demonstrationen der Flüchtlinge gekommen, die - zum Teil bewaffnet - gegen die Weiterführung des Krieges demonstriert hätten (Stavanger). Die Hungersnot in Deutschland sei bereits so groß, daß die deutschen Soldaten in Norwegen angeblich Kartoffeln nach Hause schickten (Drontheim).

Trotz einer gewissen probolschewistischen Propaganda (Tromsö), die insbesondere mit dem Argument arbeitet, daß die Bolschewisten keine ernstesten Absichten auf Norwegen hätten, was schon aus ihrem Verhalten in Nordnorwegen abgeleitet werden könne, breitet sich, vor allem in bürgerlichen Kreisen, die Furcht vor dem Bolschewismus immer mehr aus (vgl. Nr. 88 des Situationsberichtes vom 8.2.45). Man ist größtenteils der Meinung, daß es zu Kämpfen zwischen den Westmächten

1941/568

- 2 -

Westmächten und den Bolschewisten in Deutschland kommen werde, nachdem der deutsche Widerstand zusammengebrochen sei. Die Hoffnung, daß es den Westmächten in diesem Falle gelinge werde, die bolschewistischen Armeen aufzuhalten und zu vernichten, ist mehr und mehr im Schwinden begriffen. Angesichts dieser düsteren Zukunftsperspektiven entspringen dem politischen Unschtraum des größten Teiles der Bevölkerung immer mehr Gerüchte, wonach angeblich Friedensbestrebungen zwischen den Westmächten und Deutschland festzustellen seien. Deutschland soll den Engländern und Amerikanern freien Durchmarsch durch das Reichsgebiet zugesagt haben, wenn diese sich bereit erklärten, gemeinsam mit der deutschen Wehrmacht gegen die Bolschewisten zu kämpfen (Stavanger).

Während die Kriegserklärung der Türkei an Deutschland und Japan nur wenig beachtet wurde, da man ihr ebenso wenig praktische Bedeutung beimißt, wie den Kriegserklärungen weiterer ferner gelegener Staaten, wird die Haltung Schwedens mit außerordentlicher Spannung verfolgt. Man rechnet in weiten Kreisen damit, daß Schweden in wenigen Tagen dem Druck der Alliierten nachgeben und Deutschland ebenfalls den Krieg erklären wird, zumal die öffentliche Meinung Schwedens immer mehr eine militärische Hilfe für Norwegen fordere. Wenngleich man sich zum Teil hiervon -evtl. im Zusammenhang mit einer Invasion der Westmächte- die "Befreiung" erhofft, scheint andererseits die Auffassung vorzuherrschen, daß es für Norwegen vorteilhafter wäre, wenn Schweden seine Neutralität beibehielte, da Norwegen im anderen Falle zum zweiten Male Kriegsschauplatz werden würde (Narvik).

Mit besonders starken Sorgen stellt man sich die Frage, ob die Deutschen an einen Rückzug aus Norwegen denken. Meldungen aus allen Teilen des Landes lassen erkennen, daß man für diesen Fall die schlimmsten Befürchtungen hegt. Ganz abgesehen davon, daß man befürchtet, die Deutschen würden Norwegen vor Verlassen des Landes gründlich verwüsten, fürchtet man, daß bürgerkriegähnliche

liche

1941/569

- 3 -

bürgerkriegähnliche Zustände eintreten. In den Sabotage- und Terrorhandlungen glaubt man in diesem Zusammenhang Proben dafür sehen zu können, wie sich die Verhältnisse in einem "befreiten" Norwegen gestalten könnten. In der breiten Masse werden diese Handlungen überwiegend den Kommunisten in die Schuhe geschoben und verurteilt, da sich die Folgen gegen das norwegische Volk selbst auswirkten, wobei besonders auf die Versorgungsschwierigkeiten hingewiesen wird.

Im gleichen Zusammenhang hat die Versenkung des Küstenschiffes "Austri" durch englische Torpedoflugzeuge nördlich Haugesund in weitesten Kreisen der Bevölkerung entschiedene Ablehnung gefunden. Aus Stavanger wird hierzu gemeldet, daß die Versenkung selbst in ausgesprochen englandfreundlichen Kreisen wirkliche Empörung hervorgerufen habe. Einer der geretteten Norweger habe in einem Presseinterview zum Ausdruck gebracht, er sei "immer Jössing gewesen", aber durch das Vorgehen der Briten gegen ein Schiff, das keinerlei Kriegsmaterial an Bord gehabt habe, seien ihm "die Augen geöffnet worden". Auch unter der übrigen Bevölkerung habe man die englischen Flieger als "Banditen" und "Gangster" bezeichnet. Aus Bergen wird berichtet, daß in dortigen Gegnerkreisen die Meinung vertreten worden sei, die Engländer versche durch diese Art der Kriegführung ihre Sympathien in Norwegen. Durch ihr rücksichtsloses Vorgehen gegen die norwegische Bevölkerung betrieben die Engländer eine bessere Propaganda für die NS und für Deutschland, als diese das selbst könnten.

Die Führerproklamation aus Anlaß des 25. Jahrestages der Verkündigung des Parteiprogramms hat nach den bisher vorliegenden Meldungen der Zuversichtlichkeit in den Reihen der NS einen neuen bedeutenden Auftrieb vermittelt. Besonders werden in deutschfreundlichen Kreisen starke Hoffnungen an die Versicherung des Führers geknüpft, der Krieg werde noch in diesem Jahre zu einer Wende führen. Im Zusammenhang hiermit erhielt die Bil-

1941/570

- 4 -

Bildung von Gerüchten eine neuerliche Belebung, die von "unheimlichen Waffen" wissen wollen, die Deutschland bald einsetzen werde.

In Gegnerkreisen wird den Ausführungen des Führers entgegengehalten, daß die Entwicklung in den letzten Jahren immer wieder anders verlaufen sei, als sie von deutscher Seite vorausgesagt worden sei. Man brauche deshalb den prophetischen Worten des Führers keine größere Bedeutung beizumessen. Im übrigen wisse der Führer wirkliche Aktivposten für einen deutschen Sieg ja auch nicht mehr anzuführen.

Allgemeines Interesse hat das Interview gefunden, das Reichskommissar Terboven einem schwedischen Pressevertreter gewährte und das auch in der norwegischen Presse veröffentlicht wurde. Die Kommentierung seitens der norwegischen Bevölkerung ist dabei überraschend positiv. Nach übereinstimmenden Meldungen sind die Ausführungen des Reichskommissars nicht als "propagandistisches Manöver" abgetan, sondern als recht sachlich beurteilt worden. Man sei überrascht gewesen, daß der Reichskommissar über die norwegischen Verhältnisse doch recht gut unterrichtet sei und sei seinen Gedankengängen weitgehend gefolgt. Bergen meldet, die Veröffentlichung des Interviews habe dort gerade durch das zeitliche Zusammenfallen mit den Meldungen über die Versenkung der "Austri" eine besondere Wirkung ausgeübt. Eindruck hätte die einleuchtende Erklärung hinterlassen, daß die Sabotage die Interessen des norwegischen Volkes, nicht aber der Deutschen schädige.

In Kreisen der Wirtschaft und der Intelligenz hat man die über die Ernährungslage gemachten Ausführungen als den Tatsachen entsprechend anerkannt. Dagegen haben die Angaben über die Verteidigungskraft Norwegens nicht überzeugt. Man weist darauf hin, daß ja auch der Atlantik-Wall im Westen dem alliierten An-

sturm

- 5 -

Ansturm nicht habe standhalten können. Auch die Feststellung des Reichskommissars, daß lediglich 240 Deutsche im Reichskommissariat tätig sind, wird von der Mehrheit der Bevölkerung nicht geglaubt. Den Äußerungen des Reichskommissars über die Todesurteile wurden die bekannten Argumente der gegnerisch eingestellten Teile der norwegischen Bevölkerung entgegeng gehalten (vgl. Nr. 89 des Situationsberichtes vom 19.2.45).

Innerhalb der NS ist die Veröffentlichung des Interviews mit lebhafter Zustimmung aufgenommen worden. Man ist besonders erfreut, daß der Reichskommissar in so klarer Weise zur NS als staatstragender Partei Stellung genommen habe.

Viel besprochen wurden in der Bevölkerung in letzter Zeit Auforderungen der illegalen "Heimatfront", durch die der einzelne Norweger angehalten wird, bestimmte Weisungen zu befolgen und insgesamt "Befehlen der Heimatfront ohne Zögern Folge zu leisten". In ähnlicher Weise, wie dies vor mehreren Monaten gegenüber den norwegischen Bauern geschah, hat die "Heimatfrontführung" jetzt eine Parole an die Fischer herausgegeben. Darin heißt es u.a., daß die knapper gewordene Lebensmittelversorgung es erfordere, daß jeder Produzent und Kaufmann sein Äußerstes tue, um der Bevölkerung die notwendigen Lebensmittel zu verschaffen. Da der gewöhnliche Küstenfang im Gegensatz zum Heringsfang und Lofotenfischfang nur der norwegischen Versorgung zugute komme, solle so viel als möglich gefangen werden. Schwarzhandelspreise dürften dabei nicht verlangt werden. Fischer und Aufkäufer, die direkt zu Schwarzhandelspreisen an die Deutschen verkauften, würden zu gegebener Zeit als Landesverräter abgeurteilt werden. Dies gelte im besonderen Maße für die freiwillige Übernahme von Transporten für die Deutschen. Die Tatsache, daß aus Gewinnsucht selbst Munitionstransporte übernommen würden, sei eine der unmittelbaren Ursachen dafür, "daß unsere Alliierten sich gezwungen sehen, Fischerfahrzeuge anzugreifen". Für den Tod norwegischer Landsleute seien somit diese Gewinnsüchtigen verantwortlich.

Eine

Eine andere Parole aus der letzten Zeit fordert dazu auf, zur Vorbereitung einer schnellen und effektiven gerichtlichen Abrechnung mit den Angehörigen der NS und anderen mit den Deutschen zusammenarbeitenden Personen dadurch beizutragen, daß alle Angaben über "landesverräterische Tätigkeit der Quislinger" gesammelt und durch Zeugenbenennungen belegt werden.

- 7 -

Nasjonal Samling.

Innerhalb der NS ist eine einheitliche stimmungsmässige Reaktion hinsichtlich der Kriegslage nicht festzustellen. Es kann jedoch bei einem Teil der Mitglieder, vornehmlich in der Provinz, von einer bemerkenswerten Krisenfestigkeit gesprochen werden. Berichte aus Bergen und Drontheim heben die Ruhe hervor, mit der man vonseiten der NS die Lage beurteilt. Besonders die Führerproklamation vom 24.2. habe das Vertrauen in die militärische Kraft Deutschlands neu belebt und zur stimmungsmässigen Festigung beigetragen. Demgegenüber bringen übereinstimmende Meldungen aus Oslo unter dem Eindruck des anhaltenden Drucks der Bolschewisten im Osten und der amerikanischen Offensive im Westen zunehmende Zweifel an einem deutschen Siege zum Ausdruck, die sich auch in den Fylken Opland, Hødmark und Rogaland verstärken. In der breiten Masse der Parteimitglieder versuche man, sich mit allem abzufinden und die Dinge an sich herankommen zu lassen. Gerüchten über angebliche Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und England über einen Separatfrieden sei man geneigt, Glauben zu schenken. In Oslo werde von zahlreichen Mitgliedern immer wieder die Frage nach dem Schicksal der NS-Mitglieder im Falle der zu erwartenden deutschen Niederlage gestellt, wobei man sich damit tröste, daß von englischer Seite nichts Böses zu erwarten sei, da man ja als unbedeutendes Mitglied nichts Unrechtes gewollt habe und sich daher auch nicht schuldig fühle. Trotz mancher Annäherungsversuche an den Gegner seien sich jedoch die meisten Mitglieder über die Unzweckmässigkeit des "Rüdens" im klaren, aus der Erkenntnis, daß die einzige Chance ein deutscher Sieg sei. Immerhin seien bei einer Reihe von Mitgliedern bedenkliche Bemühungen um Anschluß an den Gegner wahrzunehmen, die sich in einer steigenden Ablehnung gegenüber deutschen Einflüssen äußerten. Auch aus Drontheim wurden ähnliche Tendenzen innerhalb der "nationalen Front" der NS gemeldet, die vorerst aus einer Furcht vor dem drohenden Schicksal zu entnehmen sei. In diesem Zusammenhang rückten Parteimitglieder

1941/574

- 8 -

glieder in Oslo ihr Bedauern über die Zurückhaltung des Förers aus, von dem eine Darstellung über die politische und militärische Lage jetzt mehr denn je erwartet würde.

Von großer Bedeutung sei daher die vom Reichskommissar vor der Parteiführerschaft Norwegens am 18.2. in Oslo gehaltene Rede gewesen, die einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen habe, um so mehr, als es der Reichskommissar verstanden habe, die Gründe für das Nichtzustandekommen des Friedensschlusses zwischen Deutschland und Norwegen einleuchtend darzulegen. Nicht zuletzt habe der kameradschaftliche Ton in den Unterredungen des Reichskommissars mit den einzelnen Persönlichkeiten der Parted eine Atmosphäre des Vertrauens und der Einsicht geschaffen. Auch die von Quisling gegebene Erklärung und Begründung zu diesem Problem habe allgemeines Verständnis gefunden. Fylkesfører Römcke, der sich mit seiner Meldung an die Front als Gegner der juristischen Auslegung der Souveränitätsfrage bekannte, brachte nach der Tagung im Schloss zum Ausdruck, daß die Versicherung des Führers bezüglich der späteren Wiederherstellung der norwegischen Souveränität durch die Art ihrer Auslegung ihm und anderen Parteiführern in ihrer ganzen Bedeutung bewusst geworden sei, daß jedoch durch einen Friedensschluss das wesentlichste Argument dem Gegner, der den Kriegszustand de jure zum Ausgangspunkt seiner ablehnenden Haltung nähme, aus der Hand geschlagen würde.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Rolle, die der Gesandte Stören bei den in der ersten Februarhälfte angestellten Erörterungen über die Souveränitätsfrage spielte. Der mit seinen politischen Konzeptionen hausierende Gesandte habe in Diskussionen über die Souveränitätsfrage erklärt, daß alle Anstrengungen Norwegens darauf gerichtet sein müßten, diese Frage in positivem Sinne zur Entscheidung zu bringen. Die Souveränität Norwegens sei ein Schritt auf dem Wege zur Neutralität. Erst wenn Norwegen souverän sei, könne es sich leichter aus einer gefährlichen

1941/575

- 9 -

fährlichen Lage durch eine neutrale Politik befreien. In seinen Andeutungen sei Stören so weit gegangen, zu erwähnen, daß seine Außenpolitik nach Erlangung der vollen Souveränität sowohl nach Osten als auch nach Westen frei und ohne jede Rücksicht auf Deutschland geleitet werden würde.

Die durch die Kriegslage entstandene stimmungsmässige Belastungsprobe der NS-Mitglieder erfuhr eine weitere Verschärfung durch neue politische Morde an NS-Mitgliedern. Neben der Bestürzung machte sich immer mehr die Forderung nach radikaler Bekämpfung der Terroristen geltend; die Aussetzung hoher Geldbeträge als Belohnung für die Mithilfe der Bevölkerung wird vonseiten der NS als wirkungslos beurteilt mit dem Hinweis, daß die Einschüchterung der Bevölkerung bereits so weit vorgeschritten sei, daß aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen in solchen Fällen von Anzeigen bei der Polizei Abstand genommen würde.

Die Aktivität der gesamten Parteiarbeit in Mittelnorwegen wird weiterhin getragen von der Initiative des Drontheimer Fylkesförrers R o g s t a d, der nach seiner Rede am 5.2.45 aus allen Teilen Norwegens schriftliche Sympathie-Außerungen erhielt. Regelmässige Schulungsvorträge vor jeweils 400 eingeladenen politischen Gegnern (die bisher nicht wagten, die Vorträge durch Nichterscheinen zu sabotieren) wurden abgelöst durch eine in ihrer Art neue Mitglieder-Werbekaktion des Fylkesförrers in Haldalen, die ein Werbeergebnis von 67 neuen Mitgliedern erbrachte und zur Gründung einer neuen Ortsgruppe führte, deren Lagförrer in einer am 16.2. stattgefundenen öffentlichen Versammlung bestimmt wurde. Eines der neu geworbenen Mitglieder wurde im Rahmen einer sicherheitspolizeilichen Aktion gegen eine bestehende Militärorganisation in diesem Bereich festgenommen, wobei der Betreffende erklärte, die Absicht gehabt zu haben, der Polizei auf dem

1941/576

- 10 -

## Über Rogstad Meldung

dem Wege/über die Militärorganisation zu machen. Zu diesen Überlegungen sei er gekommen, nachdem er die Rede Rogstads und dessen Enthüllungen über die Heimatfront gelesen hätte. Es ist beabsichtigt, den Festgenommenen wieder zu entlassen und als Lagförer in diesem Bezirk einzusetzen.

Rogstad versucht z.Zt. in seinem Bereich mit mehr oder weniger Gewalt im Rahmen einer Versammlungs-Großaktion neue NS-Ortsgruppen zu gründen und zu diesem Zweck vor einflußreichen, mit Hilfe von Männern des Hird und der Germanischen SS herangeholten Bürgern zu sprechen. Quisling soll sich über die neuen Maßnahmen sehr anerkennend geäußert haben.

Eine sich an die Tendenz Rogstads anlehrende Aktion wurde von Fylkesfører Tharaldsen am 25.1. in Aalesund durchgeführt. Geladene politische Gegner wurden aufgefordert, für oder gegen den Bolschewismus Stellung zu nehmen. 40 bekannte Personen aus Aalesund sprachen sich bei dieser Gelegenheit durch unterschriebene Erklärung gegen den Bolschewismus aus. Die Namen wurden am nächsten Tage in der örtlichen Tagespresse veröffentlicht. Die im Rahmen dieser Kundgebung gehaltene Rede Tharaldsens habe dem Bericht aus Aalesund zufolge in der Bevölkerung geradezu aufwühlend gewirkt. Zeitungen, die die Rede in Wortlaut brachten, seien den Verkäufern förmlich aus den Händen gerissen worden. Tharaldsen habe in seiner Rede den Kampf gegen die Heimatfront in Møre und Romsdal angekündigt, wodurch es ihm gelungen sei, weite Gegnerkreise einzuschüchtern und die öffentliche Meinung zu einer kritischen Einstellung gegenüber der Heimatfront zu beeinflussen. Unter den Parteimitgliedern stärkte die Aktivität Tharaldsens das Zusammengehörigkeitsgefühl und den Willen zu einer intensiven Mitarbeit. Die schwedische Presse befasste sich ausführlich mit der Aktion Tharaldsens, die als "Terror der Quisling-Männer" hingestellt wird.

1941/577

- 11 -

Gegnerische Tätigkeit.

Nachdem die Bestrebung der kommunistischen Landesleitung stärkeren Einfluss auf die norwegische Heimatfront zu gewinnen, gescheitert sind, versuchen die Kommunisten, von unten her über Tarnorganisationen in die Heimatfront einzudringen. Diese Bemühungen werden von den Gewerkschaften unterstützt. So wird in der kommunistisch orientierten norwegischen illegalen Hetzschrift "Friheten" von den norwegischen Gewerkschaften die Forderung erhoben, dass auch die Kommunisten unbedingt in der norwegischen Heimatfrontführung vertreten sein müssten. Die Forderung wird damit begründet, dass die tüchtigsten Kampfkräfte der norwegischen Widerstandsbewegung von den Kommunisten gestellt würden und dass die beste Garantie gegen ein Wiederaufleben der Reaktion und des Nazismus in Norwegen nach dem Kriege die Aufnahme der Kommunisten in die Führung der Heimatfront sei. Die Heimatfront, so heisst es in der Hetzschrift weiter, müsse eine einheitliche Führung haben, damit sie den Kampf zu einem raschen und siegreichen Ende führen könne.

Auch die schwedische kommunistische Zeitung "Ny Dag" veröffentlichte Mitte Februar unter der Überschrift "Die norwegischen Gewerkschaften verlangen, dass die Kommunisten in der Führung vertreten sind" diese in der illegalen Hetzschrift aufgestellte Forderung.

In welchem Masse die Heimatfront ihre Organisation immer stärker ausbaut, zeigt die Aufdeckung der Heimatfront im Bereich Stavanger, wo wiederum einige Fachgruppen festgestellt wurden. Hier lag die Leitung in den Händen des norwegischen Advokaten Andreas Cappelen, der im Oktober 1944 geflüchtet war und im Januar 1945 in Oslo ergriffen werden konnte. Nach der Flucht des C. übernahm

- 12 -

sein jetzt festgenommener Vertreter die Leitung. Unter den weiteren Festgenommenen befinden sich der Finanzleiter, der Propagandaleiter, der Sachbearbeiter für soziale Fragen und ein Kurier. Dieser Kurier war gleichzeitig der Leiter einer Organisation für stille Betriebssabotage, die die Aufgabe hatte, wehrwichtige Betriebe zu sabotieren, wichtige Maschinen durch Herausnahme von Maschinenteilen unbrauchbar zu machen und eine Werkpolizei zu gründen, die bei einer Invasion in Tätigkeit treten sollte. Ausser dem Leiter der Organisation wurden noch eine Anzahl örtlicher Leiter festgenommen. Ausserdem zeigt die Teilnahme eines Angehörigen der Heimatfront an Besprechungen der kommunistischen Gruppen und seine Zusammenarbeit mit mehreren kommunistischen Agenten und Instruktoren erneut, dass die Kommunisten beabsichtigen, immer enger mit den unteren Stellen in der Heimatfront zusammenzukommen.

Einen weiteren Einblick in die Ausbautätigkeit der Heimatfront gibt die Zerschlagung der Heimatfrontorganisation für den Bezirk Vest-Agder. Während bisher durch die Erfassung der Ökonomie-Gruppe und der Gruppe Handwerk der Heimatfront in Oslo zum ersten Male bekannt wurde, dass auch in der Heimatfront Untergruppen bestehen, deutet die Erfassung von Fachgruppen im Bereich Vest-Agder darauf hin, dass die Heimatfront ihre Organisation immer weiter ausbaut. Der Leiter des Bezirkes Vest-Agder der Heimatfront, der Missionssekretär und Krankenpfleger Harald D e l i h n , der gleichzeitig Leiter einer Flüchtlings- und Unterstützungsorganisation für die Angehörigen flüchtiger oder festgenommener Personen war, wurde mit 15 Männern festgenommen, die er als Fachgruppenleiter der Heimatfront oder als deren engste Mitarbeiter eingesetzt hatte. So bestanden Fachschaften für Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Ingenieure, Betriebsführer, für gewerkschaftliche Fragen und für Fragen

- 13 -

der Polizei und der kommunalen Verwaltung. Der Fachgruppenleiter für die Polizei war der Polizeibevollmächtigte Thorleif F a r b r o t , (NS-Mitglied) der für die Flüchtlingsorganisationen Grenzausweise beschaffte. Er hatte sich bereit erklärt, im Invasionsfalle die Geschäfte des Polizeimeisters zu übernehmen. F. hatte bereits 6 norwegische Polizeibeamte als Mitarbeiter geworben.

Die Bezirksleitung der Heimatfront stellte auch eine illegale Hetzschrift "Sörlandsfront" her, die wöchentlich in einer Auflage von 800 Exemplaren hergestellt und verbreitet wurde. Das Material für die "Sörlandsfront" wurde aus illegalen Hetzschriften genommen, die der Bezirksleitung aus Oslo zugeschickt wurden.

Bei der Aufrollung der unter Leitung des Kommunisten Ragnar Armand S o l l i e ("Felle") stehenden Sabotagegruppen wurde festgestellt, dass bei der Durchführung von Sabotageanschlägen sogenannte "Aktionslags" eingesetzt wurden. Nach der Festnahme des S o l l i e , der eine führende Rolle in der Widerstandsbewegung spielte, wurden mehrere dieser Aktionslags der Mil. Org. zerschlagen. Diese Lags bestanden aus dem Lagführer und 6 Mann und hatten die Aufgabe, Sabotageanschläge, Raubüberfälle und politische Morde durchzuführen. Jedem Lag gehörten 2 Mitglieder der Mil.Org., 2 komm. Terroristen und 2 von dem Lagführer oder dem Gruppenleiter besonders ausgewählte Saboteure an. Ihre Aufträge erhielten sie unmittelbar von "Pelle" durch einen Mittelsmann. 3 Lagführer und 12 Mitglieder dieser Aktionslags wurden festgenommen. Bei der Festnahme wurden 4 Terroristen erschossen, ein Angehöriger der deutschen Sicherheitspolizei und 2 norwegische Dolmetscher verwundet.

Durch die Festnahme von S o l l i e , der durch den Leiter der Terror- und Partisanenarbeit der KPN, Asbjørn S u n d e ("Osvald"), eingeführt worden war, wurden 20 Sabotage- und Terrorakte aufgeklärt, an denen S o l l i e zum Teil

1941/580

- 14 -

selbst beteiligt gewesen war. S. nahm im September 1942, nachdem S u n d e in Deckung gegangen war, Verbindung mit der Mil.Org. auf und flüchtete dann 1943 nach Schweden. Im August 1944 kehrte er nach Norwegen zurück und betätigte sich als Saboteur.

### Terror und Sabotage:

Am 17.2. wurde ein NS- und SS-Angehöriger auf dem Nachhausewege von 10 unbekanntenen Personen - angeblich Heimatfront - überfallen und seiner NS- und SS-Ausweise beraubt. Die Täter konnten unerkant entkommen.

Am 19.2. drangen 5 bewaffnete Banditen gewaltsam in die Wohnung des norw. St.A. Oskar R e p n e s , Oslo, Bygdø Allee 75, ein, durchwühlten sämtliche Räume und entkamen unerkant nach Mitnahme einiger Telefonnummern und Adressen. Einer der Täter befand sich in Uniform und war mit einer MP bewaffnet.

Am 20.2. wurde ein Einbruch in das Versorgungsamt in Fana bei Bergen verübt. Die Täter raubten eine Textilkartei. Teile des bereits am 4.2. geraubten Volksregisters konnten in Samdalen bei Nestun, in Säcke verpackt, auf freiem Felde wiedergefunden werden. Der Vorsteher des Versorgungsamtes und ein Angestellter sind flüchtig.

Der Polizeikonstabel H e m von der Polizeistation Tönsberg kehrte von einer am 21.2.45 nach Nötterøy unternommenen Dienstreise nicht wieder zurück. Es besteht die Vermutung, dass er von Terroristen durch Betäubungsmittel bewusstlos gemacht und in diesem Zustand entführt wurde.

In den Abendstunden des 22.2. drangen 4 bis 5 bewaffnete Banditen in das Radio~~lager~~in Stavern bei Larvik ein und raubten 40 bis 50 Radioapparate, mit denen sie auf einem

mitgeführten LKW unerkannt entkamen.

Am 23.2.45 wurde der Elchjäger Bødvar Sprekkenhus, 19.4.84 Tretten geb., wohnhaft in Tretten, von 2 unbekanntem Tätern in seiner Wohnung erschossen, nachdem ein dort anwesendes Bauernehepaar und seine Ehefrau gefesselt worden waren. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Sprekkenhus war NS-Mitglied.

Am 23.2., gegen 23.45 Uhr, wurde die Eisenbahnstrecke Ranheim-Hundhammer (Bereich Drontheim) an 3 Stellen durch Sprengungen unterbrochen.

In Tretten bei Lillehammer wurde am 23.2. ein NS-Mann von unbekanntem Tätern durch 2 Kopfschüsse getötet. Die Ehefrau des Ermordeten wurde gefesselt und in einen Stall geschleppt.

Am 27.2. wurde ein Sabotageanschlag gegen die Lokomotivwasserpumpen auf dem Bahnhof in Otta verübt. 3 Pumpenanlagen wurden vollkommen zerstört.

Kirche.

In Anschluss an seinen Vorschlag, die abgesetzten und ausgewiesenen Pfarrer in ihre alten Stellungen wieder einzusetzen, richtete Bischof F r o y l a n d ein Schreiben an das Kirchendepartement, in dem er sich für die Freilassung des ehemaligen Bischofs B e r g g r a v einsetzte. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

" Ich habe stets geglaubt, dass Dr. Eivind B e r g g r a v seine Frau in seinen Eigentum draussen in Asker, wo er interniert und unter Polizeibewachung sein soll, bei sich habe. Kürzlich wurde mir allerdings von zuverlässiger Seite mitgeteilt, dass dies nicht der Fall sei. Seine Frau hat nicht einmal Erlaubnis, ihren Mann zu besuchen. Weiterhin darf er ihr nur alle 14 Tage schreiben und sie muss bei der Polizei erscheinen um den Brief zu lesen und darf ihn nicht mit nach Hause nehmen, weil sie angeblich früher einmal eine Erklärung nissbraucht haben soll, die der Absender über eine Gesangbucharbeit abgegeben hatte.

Weiter wurde mir erzählt, dass, als man zu Weihnachten 1943 Dr. B e r g g r a v angeboten habe frei zu kommen, man folgende Bedingungen gestellt habe:

1. dass er versprechen solle, nicht das Land zu verlassen.
2. dass er keine politische Agitation treiben solle,
3. dass er keine kirchenpolitische Agitation treiben solle,
4. nicht zu predigen.

Mit den drei ersten Bedingungen soll er einverstanden gewesen sein, aber nicht mit der vierten, da diese gegen seine Christenpflicht und sein Ordinationsgelübde im Widerspruch stehe. Dagegen deutete er an, dass man ihn ja Redeverbot auferlegen könne, den er sich dann auch fügen werde.

1941/583

- 17 -

In Übereinstimmung mit meinem früheren Vorschlag, die verabschiedeten und ausgewiesenen Geistlichen freizugeben, erlaube ich mir vorzuschlagen, dass Dr. B e r g g r a v unter den drei ersten Bedingungen freigegeben wird. Wenn er predigt, wird nach meiner Meinung kein Unheil angerichtet. Es wird für den Ausfall des Krieges keine Rolle spielen.

Für die Entwicklung hier zu Hause wird es auch nicht zum Schaden gereichen, im Gegenteil muss man annehmen, dass man dann der Agitation, die nun auf Grund seiner Internierung betrieben wird, den Boden entzieht.

Sollte man auf diesen grundsätzlichen Vorschlag nicht eingehen können, erlaube ich mir zu beantragen, dass seine Frau ihn jede Woche besuchen darf und dass er die Freiheit bekommt, Briefe zu schreiben und zu empfangen."

Dieser Brief ist als neuer Versuch F r o y l a n d s zu werten, sich bei der Opposition zu empfehlen und sich rechtzeitig " an Land zu rudern".

Deutsch-norwegische Gesellschaft.

Nach dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden und Mitbegründers der deutsch-norwegischen Gesellschaft, Prof. Dr. Klaus H a n s e n, auf Grund eines diesbezüglich an ihn ergangenen schriftlichen Verlangens des Kultur- und Parteiministers F u g l e s a n g vom 19.11.44 hat der mit der vorläufigen Wahrnehmung des Vorsitzes beauftragte Großkaufmann Olaf F e r m a n n in einem Zeitraum von rund drei Monaten die Gesellschaft geleitet. Die Rolle Fermanns während dieser Zeit hat die Möglichkeit einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit der für die Gesellschaft zuständigen deutschen Seite auf längere Sicht als durchaus fragwürdig erscheinen lassen. Daneben hat ein verschiedentliches, unverständliches Eingreifen Fermanns in bestehende, bewährte Formen der Arbeit der deutsch-norwegischen Gesellschaft, (verfehlte Änderungsversuche an der bisherigen Gestaltung der allwöchentlichen Filmabende, an Aufmachung und Titel der deutsch-norwegischen Zeitschrift, der personellen Zusammensetzung ihrer Schriftleitung sowie an der kulturpolitischen Werbearbeit unter den Mitgliedern durch Verbreitung entsprechenden Schrifttums) die bereits früher gehegten Zweifel neu bestätigt, daß es ihm auch nach der rein sachlichen Seite hin an den nötigen Voraussetzungen für eine derartige Aufgabe fehlt. Es war daher zu begrüßen, daß Fermann in der vergangenen Woche durch die Ernennung eines neuen Vorsitzenden von der vorläufigen Leitung der deutsch-norwegischen Gesellschaft entbunden wurde. Mit Zustimmung des Ministerpräsidenten hat Minister Fuglesang den Hauptschriftleiter H. E n d s j ö mit der Nachfolge von Prof. Klaus Hansen beauftragt. Endsjö hat in der Zwischenzeit bereits eine Reihe interner Weisungen Fermanns rückgängig gemacht. Von Seiten Fermanns, der nach der Erledigung seines bisherigen Auftrages nur noch im Großen Rat der Gesellschaft sitzt, besteht

auf

- 19 -

Grund zuverlässiger Anhalte indessen nach wie vor ein ausgesprochenes Interesse auf irgendeiner Grundlage - (er selbst hat sich als der besondere gesellschaftliche Betreuer der ausländischen Gäste der Vereinigung bei deren Veranstaltungen in Vorschlag gebracht) - auch weiterhin eine führende Rolle bei der Gesellschaft zu spielen.

Die im Zusammenhang mit dem Fall R. D y s t h e und der Absetzung Prof. Klaus Hansen in Umlauf gekommenen Gerüchte über bedenkliche politische Bestrebungen der deutsch-norwegischen Gesellschaft, die zu einer ziemlichen Beunruhigung in den Mitgliederkreisen und einer Reihe von Austritten führte, sind in der Zwischenzeit stark abgeklungen. Die Ernennung des neuen Vorsitzenden unter Mitwirkung der NS-Führungsstellen ist in Parteikreisen - bei dem bisher vielfach gespannten und problematischen Verhältnis zwischen der deutsch-norwegischen Gesellschaft und der NS - mit Genugtuung aufgenommen worden.

1941/586

- 20 -

### Schule und Erziehung.

Im Zusammenhang mit der weitgehenden Einschränkung bzw. völligen Einstellung des ordentlichen Lehrbetriebs der norwegischen Schulen aller Art auf eine längere Zeitdauer (Heizungsferien) hat eine neue, lebhaft propagierte System des "Fernunterrichts" (norwegisch: Korrespondance-Skole) eingesetzt, auf die ein besonderer Hinweis erforderlich erscheint.

Es ist seit längerer Zeit festzustellen gewesen, daß im ganzen Land immer mehr solcher "Schulen", deren Lehrsystem in einem nach unterschiedlichen Formen aufgezogenen Unterrichts-Schriftverkehr zwischen Lehrer und Schüler besteht, wie Pilze aus der Erde schießen. In den letzten Jahren ist die Einrichtung der "Korrespondance-Schulen" mehr und mehr in den Dienst der politischen Bestrebungen gestellt worden, sich der Einflußnahme des Staates und der NS auf den Gang der Erziehung und Ausbildung möglichst zu entziehen. Nach vorliegenden Anhalten werden in diesem Winterhalbjahr von dem Unterrichtsverfahren der "Korrespondance-Schulen" in die Zehntausende von Schülern aller Altersstufen erfasst. Dabei stellen die einzelnen "Schulen" ein jeweils für sich arbeitendes Privatunternehmen von insgesamt mehreren hundert Lektoren und sonstigen Lehrern dar, die ihrerseits - zum mindesten vorläufig - untereinander in keinem festen Verband organisiert sind. Nach vorliegenden Meldungen handelt es sich in personeller Hinsicht häufig um Lehrkräfte, die in ihrer politischen Haltung als negativ gelten. In einer Reihe von Fällen sollen sich dem vorerwähnten Unterrichtssystem besonders Lehrer zugewandt haben, die seinerzeit im Zusammenhang des Lehrerbundskonfliktes oder sonst wegen ihrer feindlichen Einstellung zur Entlassung aus dem öffentlichen Schuldienst gelangt sind.

Recht u. Verwaltung. 21 -

Innenminister V a s b o t t e n sprach vor den Regierungsmitgliedern, Reichsleitern und Fylkesfö r e r n anlässlich der Führer-Tagung der NS am 17./18.2.45 über das neue Fylkesmann-Gesetz.

Der Vortrag des Innenministers hat, wie festgestellt werden konnte, bei den Zuhörern, insbesondere den Fylkesfö r e r n, einen ausgezeichneten und nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Entsprechend einem Wunsche des Ministerpräsidenten soll der Vortrag auf Grund des bestehenden Allgemeininteresses in Partei und Staat in der Form einer Broschüre herausgebracht werden.

In seinen Ausführungen befasste sich Minister Vasbotten einleitend mit der grundsätzlichen Frage: "Zentralisation oder Dezentralisation der Verwaltung," wobei er auf die Vor- und Nachteile beider Verwaltungsprinzipien einging. Eine zentralisierte Verwaltung werde durch die Zusammenfassung der Entscheidungen in einer Spitze sicherer und einheitlicher und trage damit der "Erhaltung der Reichseinheit" besser Rechnung, doch träten auch Mängel deutlicher hervor. Die Gefahr der "Schreibtischentscheidungen ohne den notwendigen Kontakt mit den Belangen des Lebens" wirkten als Bürokratismus tötend auf das Verantwortungsgefühl. Diese Gefahr sei im Vergleich zur dezentralisierten Verwaltung erheblich grösser. Auf die Schwächen der dezentralisierten Verwaltung hinweisend, in der Distriktsinteressen, lokale Wirtschaftsinteressen, Personalverhältnisse, das Fehlen des grossen Überblicks in lokalen Organen usw. leicht ihren Einfluss auf die verwaltungsmässigen Entscheidungen ausüben und dabei Ungleichheiten in der praktischen Verwaltung der verschiedenen Teile eines Landes hervorrufen könnten, führte Minister Vasbotten wörtlich folgendes aus:

" In unserem Land mit den grossen Abständen und den stark unterschiedlichen geographischen, wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und bevölkerungsmässigen Verhältnissen würden die Voraussetzungen für eine grosse Dezentralisation weit eher als in den meisten anderen Ländern gerechtfertigt sein. Bei uns muss sich deshalb die Zentralverwaltung in der Hauptsache auf folgendes beschränken:

Prinzipielle

1. Prinzipielle Angelegenheiten, Richtlinien und generelle Bestimmungen für das ganze Land.
2. Verwaltung von landesumfassenden Institutionen und Organen.
3. Kontrolle der Lokalverwaltung.

Es muss die Hauptaufgabe der Zentralverwaltung sein, die Lokalverwaltung durch allgemeine Bestimmungen und Richtlinien in Form von Gesetzen, Verordnungen, Reglements, Rundschreiben u.ä. und durch die Auslegung solcher Bestimmungen zu leiten. Die Rücksicht auf die Reichseinheit und auf gleichartige Behandlung macht es unnötig, dass alle möglichen einzelnen Angelegenheiten an das Departement zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die notwendige Gleichrichtung bei den Entscheidungen muss dadurch erreicht werden, dass die Departements und die anderen zentralen Verwaltungsorgane generelle Richtlinien für die Art und Weise, in der die Lokalverwaltung ihre Entscheidung treffen soll, herausgeben."

Nach längeren Ausführungen und Hinweisen auf die geschichtliche Entwicklung der Fylkesmannstellung kam Minister Vasbotten auf das aktuelle Problem des Verhältnisses von Staat und Partei, Fylkesmann und Fylkesfører zu sprechen. Über diese rechtspolitisch sehr schwierige Frage führte der Minister im einzelnen folgendes aus:

"Über das Verhältnis zu den Fylkesførern bestimmt das Gesetz nur, dass der Fylkesmann "in enger Zusammenarbeit mit dem Fylkesfører stehen soll", in derselben Weise wie das Fylkesførergesetz bestimmt, dass der Fylkesfører "im engstem Kontakt mit dem Fylkesmann arbeiten soll."

Die Gesetzgebung überträgt, wie bekannt, den Fylkesførern in einzelnen Fällen eine gewisse verwaltungsmässige Gewalt. In diesem Sinne wird vom Fylkesfører seine Mitwirkung bei einer Reihe von verwaltungsmässigen Ernennungen verlangt, z.B. gemäss § 4 der Kommunalverordnung, der besagt, dass der Fylkesmann die Ernennung des Vorsitzenden im Einvernehmen mit dem NS-Fylkesfører und dem Ordfører vornehmen soll. Eine Änderung dieses Verhältnisses bringt das Fylkesmannengesetz nicht. Es mag aber erwähnt werden, dass das Innenriksdepartement vorschlagen wird, auch für die Ernennung der Ordfører entsprechende Regelungen gesetzlich festzulegen.

Nach dem Gesetz über die Leitung in Landesteilen, die von der Verbindung mit der Zentralverwaltung abgeschnitten werden, wird dem betreffenden Fylkesfører als Vertreter des Ministerpräsidenten für die Zwischenzeit die Befugnis übertragen, die sonst

der Minister-

- 23 -

der Ministerpräsident und die Departements haben. Er wird dann also für diese Zeit der Übergeordnete des Fylkesmannes, ohne dass die Gewalt des Fylkesmannes ohne weiteres an den Fylkesföorer übergeht. Auch hierin tritt keine Veränderung ein.

Worauf ich indessen besonders hinweise, ist die Tatsache, dass das Fylkesmannengesetz indirekt eine gewisse Ausweitung des politischen Kontrollgebietes des Fylkesföorer mit sich bringen wird.

Gemäss Beschluss über die Fylkesföorer hat der Fylkesföorer die oberste politische Kontrolle über alle öffentlichen Behörden des Fylkes. Weiterhin ist auch dem Fylkesföorer die Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung und ausserdem die Rolle des Vermittlers zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung übertragen. Beschlüsse und Angelegenheiten, die nicht direkt durch die Verwaltung erledigt werden können, werden durch die Reichsleitung oder den Föorer behandelt. Nachdem die Dezentralisierung der Verwaltungsbehörden, die das Fylkesmannengesetz voraussetzt, vorgenommen worden ist, wird dadurch auch das Gebiet der Kontrolltätigkeit des Fylkesföorer automatisch ausgeweitet werden. Viele der Dinge, die jetzt durch die zentrale Verwaltung entschieden werden, werden den Fylkesmännern übertragen werden, und statt seine Berichte an das Generalsekretariat zu senden, damit dieses die Sache weiter an den Verbindungsmann des betreffenden Departements gehen lässt, kann der Fylkesföorer jetzt in weit grösserem Ausmasse selber die Frage direkt mit dem Fylkesmann aufnehmen und sie lokal lösen.

Selbst, wenn das Kontrollgebiet in dieser Weise erweitert wird, wird die politische Kontrollarbeit des Fylkesföorer doch in vieler Weise leichter und durch die Zusammenfassung der Fylkesverwaltung beim Fylkesmann vereinfacht werden. Und mit der stärkeren Stellung, die der Fylkesmann in der Verwaltung erhält, wird er seinerseits in grösserem Ausmasse als vorher den Fylkesföorer in der mehr politischen Arbeit beistehen können.

Es liegt deshalb aller Grund vor zu glauben, dass das neue Gesetz über die Fylkesmänner auch den politischen Fortgang in den Fylken beste Möglichkeiten geben wird, wenn nur Fylkesföorer und Fylkesmann in positiver und guter Arbeit zu-einander finden.

- 2 -

Schwedische Norwegen-Hilfe.

Die schwedische Norwegen-Hilfe hat nunmehr beschlossen, die regelmässigen Lebensmittelsendungen nach Norwegen erneut, und zwar von 676 to. auf 1000 to. monatlich zu erhöhen. Man hofft, sehr bald die erforderlichen Waren beschaffen und gewisse Transport-schwierigkeiten beheben zu können. Die Waren sollen in verstärkter Masse auf dem Seewege nach Norwegen gesandt werden. Nach dem Eintreffen der vermehrten Lebensmittellieferungen will die schwedische Norwegen-Hilfe sofort mit Betriebsspeisungen beginnen.

Wie der Vorsitzende der schwedischen Donator-Repräsentation, Pfarrer W e e b e, erklärte, nimmt man in Schweden Anstoss daran, dass die norwegische Nationalhilfe in die Tätigkeit der schwedischen Norwegen-Hilfe eingeschaltet ist. Die Nationalhilfe, die durch Minister Riisnaes als Präsidenten und Rechtsanwalt Foss als Landesleiter eine NS-Leitung hat, ist bei der Spedition der Waren der schwedischen Norwegen-Hilfe und bei der Kinderbespeisung behilflich, ohne jedoch massgeblichen Einfluss auf die Warenverteilung auszuüben. Die schwedische Norwegen-Hilfe versucht, die Nationalhilfe wegen ihrer NS-Leitung auszuschalten und an ihre Stelle den - aus politischen Gründen aufgelösten - "Verein Norden" treten zu lassen. Die Donator-Repräsentation ist deswegen bei Minister Riisnaes vorstellig geworden und hat darauf hingewiesen, dass durch die Einschaltung der Nationalhilfe die Gebe-freudigkeit in Schweden gemindert werde und zahlreiche Norweger die Unterstützung der schwedischen Norwegen-Hilfe nicht annehmen wollten. Minister Riisnaes hat die Angelegenheit dem Ministerpräsidenten unterbreitet.

In der Osloer Zeitung "Aften-Posten" wurden wiederholt Zuschriften von einzelnen Norwegern veröffentlicht, die an der Warenverteilung durch die schwedische Norwegen-Hilfe Kritik übten. U.a. hiess es darin, dass die Waren häufig an Personen gingen, die mehr als genug für ihren eigenen Bedarf hätten, während wirklich Notleidende nicht berücksichtigt würden.

1941/591

- 25 -

Die Donator-Repräsentation hat die Redaktion der Zeitung gebeten, derartige Zuschriften in Zukunft nicht mehr aufzunehmen, da sie das Ansehen der Donator-Repräsentation schädigten und in Schweden die Gebefreudigkeit beeinträchtigen würden.

Nach einer Meldung des schwedischen Senders M ö t a l a empfing der Sozialminister der norwegischen Exilregierung, S t ö r s t a d, den in London weilenden Vorsitzenden der schwedischen Norwegen-Hilfe, L i n d b e r g, und dankte ihm im Namen der Exilregierung für die wertvolle Hilfeleistung der schwedischen Norwegen-Hilfe. Gemäss der vorgenannten Meldung erklärte Störstad weiterhin, die Zukunft werde noch grössere Anforderungen an die schwedische Norwegen-Hilfe stellen; er hoffe, dass die jetzige gute Zusammenarbeit andauern werde; die schwedischen Anstrengungen in kritischer Stunde versprächen das Beste für gute zukünftige Beziehungen zwischen dem schwedischen und norwegischen Volke. In der Rundfunkmeldung heisst es weiter, dass Lindberg betont habe, diese Hilfe solle dem norwegischen Brudervolk auch fernerhin zuteil werden.

1941/592

- 26 -

d) Wirtschaft.Ernährung und Landwirtschaft.

Allgemeine Versorgungslage. - Bedenkliche Ausführungen des Ministers F r e t h e i m zur Lage der Landwirtschaft anlässlich einer Rede in Sarsborg. - Mit Verschlechterung der Versorgungslage häufen sich Klagen über Arbeitsweise der örtlichen und zentralen Versorgungs-Institutionen.

Die Anspannung der Ernährungslage, die insbesondere im Nordraum infolge der Transportschwierigkeiten zu Engpässen und starker Verringerung der vorhandenen Läger führte, macht sich nach den vorliegenden Berichten in verstärktem Masse nunmehr auch in Mittelnorwegen mehr und mehr bemerkbar. Auch hier ist vor allem das Ausbleiben von Lebensmittellieferungen auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen. Tatsächlich ist die Wagengestellung für Lebensmitteltransporte fortwährend äusserst gering. Ein besonderer Mangel herrscht an Nährmitteln. Aus Drontheim wird berichtet, dass die letzten Lieferungen für Mittelnorwegen bis Juli-August 1944 zurücklagen. So sei z.B. die letzte Haferflocken-Zuteilung im Juni-Juli 1944 erfolgt. Ähnlich lägen die Verhältnisse insbesondere bei anderen Nährmittel, sowie Konserven, Hülsenfrüchten, Hartbrot und neuerdings auch bei Kaffee-Ersatz und Zucker. Der Umsatz der Grosshändler sei in der zweiten Jahreshälfte 1944 gegenüber den ersten 6 Monaten um ca. 30% , teilweise bis zu 50% zurückgegangen. Die Kolonialwaren-Grosshändler seien nicht mehr in der Lage, ihre Detaillisten auf dem flachen Lande mit Waren zu versorgen. Grössere Bevölkerungskreise in Mittelnorwegen sowie auch in Nordnorwegen liessen sich daher bereits die notwendigsten Waren, vor allem Zucker, nach vorheriger Ein-

1941/593

-- 27 --

1/3-45  
104

sendung ihrer Marken an den Händler mit der Post zuschicken. Diese Praxis belaste bereits den Postverkehr ungünstig.

Obwohl man sich augenscheinlich in Regierungs- und Parteikreisen hinsichtlich des Ernstes der Lebensmittellage, die sich durch die bestehenden und weiter verschärfenden Transportschwierigkeiten kritisch gestalte, im klaren sei, wäre die Öffentlichkeit offiziell auf die zu erwartenden Kürzungen der Rationen noch nicht aufmerksam gemacht worden. Von verantwortungsbewussten Parteikreisen werden insbesondere gegen Minister Whist sowie die gesamte derzeit bestehende Versorgungsorganisation scharfe Angriffe gerichtet.

In diesem Zusammenhang wird auch scharfe Kritik an Minister F r e t h e i m geübt, der mit seinen Ausführungen, die er in einer Rede am 13.2. in Sarsborg ~~in~~ den Beweis dafür geliefert habe, wie oberflächlich und mangelhaft die zuständigen Persönlichkeiten des Versorgungssektors über die tatsächliche Lage informiert seien. Fretheim erklärte u.a., dass für die bevorstehende Frühjahrsbestellung Saatgut und Samen für Wurzelgemüse in reichlicher Masse zur Verfügung stände. Der Mangel an Saatkartoffeln, bedingt durch Kürzung des Kartoffelanbau-Areals, müsse durch einen verstärkten Anbau von Wurzelgemüse wettgemacht werden. Weiterhin führte er aus, dass er die Lage der Kunstdünger-Versorgung günstig beurteile. Tatsache ist, dass auf allen angeführten Gebieten starker Mangel oder zumindest Engpässe zu erwarten sind. Wie den eingegangenen Berichten einheitlich zu entnehmen ist, stiess die Rede des Ministers überall auf scharfe Ablehnung.

Es wird bemerkt, dass z.B. die vorhandenen Saatkartoffelbestände allgemein bei weitem nicht ausreichen, um eine, wie der Minister erklärte, ca. 14% verringerte Anbaufläche zu bestellen. Die Bauern haben zum grössten Teil im Herbst die Saatkartoffelrücklagen angreifen müssen, um die ihnen gestellten Auflagen zu erfüllen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Landwirtschaftsministerium versprochen habe, für Ersatz zu

1941/594

- 28 -

sorgen. Die Transportlage sei inzwischen jedoch derart schwierig geworden, dass selbst für den Fall, dass irgendwo Kartoffeln lagerten, mit einer Anlieferung nicht mehr gerechnet werden könne.

Völlig unverständlich erscheine die Erklärung des Ministers über die Düngemittellage, da bei der jetzigen Transportmittellage mit der versprochenen Besserung keinesfalls zu rechnen sei. In Drontheimer-Grosshändler-Kreisen erklärt man dazu, es sei bereits früher die Politik der Regierung gewesen, lediglich allgemeine Anweisungen zu geben und Quoten zu verteilen. Die Zuteilungsquoten hätten sich gegenüber dem Vorjahr zwar kaum geändert. Geliefert seien bisher jedoch lediglich 65% Kali-Düngemittel, 55% Hydro-Stickstoff, 90% Odda-Stickstoff und überhaupt kein Phosphorsäuredünger.

Als Grund für die geringen Lieferungen würden Transportschwierigkeiten angegeben. Gerade der Mangel an Phosphorsäure würde sich, wie die Bauern erklären, bei der diesjährigen Ernte deutlich auswirken. Der Boden habe seit drei Jahren fast gar keine Phosphorsäure mehr erhalten und sei ausgelaugt. Bereits bei der letzten Ernte hätten sich Qualitätsverschlechterungen, insbesondere bei Getreide und Heu bemerkbar gemacht.

Nach vorliegenden Meldungen haben die immer offenkundiger werdenden Schwierigkeiten in der allgemeinen Versorgungslage dazugeführt, dass die Arbeitsweise der Versorgungsbehörden von der Öffentlichkeit immer kritischer betrachtet wird.

Verhältnismässig häufig werden die Leiter der örtlichen und regionalen Versorgungsämter angegriffen, denen man vorwirft, dass sie nicht mehr verantwortungsvoll ihren Aufgaben nachkämen. Diesbezügliche konkrete Meldungen liegen aus Frederikstad, Stavanger und Bergen vor.

In diesem Zusammenhang wurde jedoch andererseits in letzter Zeit in wachsender Masse von den örtlichen Verwaltungsstellen

scharfe Kritik an der Arbeit des Departements bzw. der Regierungsstellen in Oslo geübt. Die Kritik gipfelt in Feststellungen, dass man höchstens für Oslo und Umgebung, aber nicht für das gesamte Land plane. Am schärfsten wird die Tätigkeit des Versorgungsdepartements angegriffen. Verbesserungsvorschläge und Anregungen seien dort kaum anzubringen. Im Falle der Annahme blieben sie monatelang ohne Bearbeitung. Auf Notrufe und Anfragen werde meist überhaupt nicht reagiert. Hierfür seien zahlreiche Beispiele zu erbringen. Wenn etwas geschehe, dann meist nur in den Fällen, wo sich ein klarer Vorteil für Oslo ergebe.

Es ist bemerkenswert, dass diese Vorwürfe in gewissen Partei- und Verwaltungskreisen Oslos ebenfalls erhoben werden. Vor allem wird hinsichtlich vieler Fragen der Versorgungsorganisation und ihrer Wirksamkeit neuerdings Minister Whist stärker angegriffen. Statt an den Ausbau einer schlagkräftigen Versorgungsorganisation zu gehen und offensichtliche Mängel abzuändern - so argumentiert man in diesen Kreisen - habe er einen rein formellen Ausbau der Organisationen des Nearingssambandes intensiviert. Diese Arbeit habe lediglich zu politischen Schwierigkeiten geführt und wenige praktische Erfolge gebracht. Tatsache sei dagegen, dass z.B. die Verteilung der Versorgungsgüter noch heute durch die Grossisten nach einem Quotenverhältnis durchgeführt werde, für das im Wesentlichen frühere Umsätze ohne Rücksichten auf die veränderte Transportmittellage massgebend seien. - Von einem Mitarbeiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten Quisling wurde ein Promemoria ausgearbeitet, das eine Reihe von konkreten Vorschlägen für eine vollkommene Umstellung des norwegischen Versorgungs-Systems zur Behebung eines Grossteils der jetzigen Schwierigkeiten enthält.